

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Friesenheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Dienstag, den 21.05.2024
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr
Sitzungsende:	18:00 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Friesenheim, Luitpoldstr. 48

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Günther Henkel

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Christian Schreider

Eva Kraut

Volker Becker

Anna Trauth

Thorsten Müller

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Dr. Thorsten Ralle

Dr. Reinhard Herzog

Willi Renner

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dieter Schneider

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Hans-Henning Kleb

FWG-Ortsbeiratsfraktion

Hans-Jürgen Ehlers

Barbara Ehlers

Schriftführer/in

Sheila Krall

Entschuldigt fehlten:

DIE LINKE-Ortsbeiratsfraktion

Rosalia Ciccarello

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsmitglied

Christine Bongartz

Fraktionslos

Dr. Charles Schommer

Tagesordnung:

1. Bericht Ortsvorsteher
2. Einwohnerfragestunde
3. Sachstand der Lärmaktionsplanung
Vorlage: 20247983
4. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Verbesserung der Einmündung der Ruthenstraße in die Brunckstraße
Vorlage: 20247779
5. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Aufstellen von Spielgeräten für Kleinkinder im Friesenpark
Vorlage: 20248029
6. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Bericht zu Bauvorhaben und personelle Situation in Kindertagesstätten im Ortsbezirk
Vorlage: 20248018
7. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Vorstellung der aktuellen Aktivitäten im Bereich der (Jugend-) Sozialarbeit im Ortsbezirk Friesenheim
Vorlage: 20248020
8. Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion
Sachstand zu ehemaligem Tankstellenareal an der Sternstraße.
Vorlage: 20248021
9. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Bau einer Senioren Wohnanlage in der Bexbacher Straße
Vorlage: 20248050

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Friesenheim war beschlussfähig.

Der Ortsvorsteher Günther Henkel begrüßte die Ortsbeiratsmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die der Bürgerschaft und Presse.

Protokoll:

zu 1 Bericht Ortsvorsteher

Herr Henkel begann seinen Bericht mit der Erläuterung der Situation der Kita, welche sich seit einiger Zeit in einem Container im Ebertpark befindet. Dort wurde Schimmel festgestellt, der schon beseitigt wurde, sodass der Container schimmelfrei ist. Gespräche zwischen dem Kita Träger und einer Privatperson zu einer Ausweichmöglichkeit sind bereits abgeschlossen, jedoch sind noch einige verwaltungstechnische Vorgänge zu regeln. Die Lösung wird nach den Sommerferien bekannt gegeben.

Weiter ging der Bericht mit einem in der Zeitung erwähnten Bau von betreutem Wohnen beim Bonhöferzentrum. Hier konnte von der Verwaltung keine Auskunft von der Verwaltung, da es sich um einen privaten Bauträger handelt. Der Ortsvorsteher gab die Empfehlung den Architekten oder den Bauträger zu einer der nächsten Sitzungen einzuladen, um das Bauvorhaben vorzustellen.

Zum Thema Hochwasserschutz erwähnte Herr Henkel, dass er beim starken Regen mehrere Anrufe von Bürgern bekam, deren Keller unter Wasser standen. Die Broschüren zu hierzu können im Ortsvorsteherbüro abgeholt werden.

Der Ortsvorsteher erklärte, dass durch die späte Haushaltgenehmigung für viele Projekte noch kein Geld zugesagt war, was zu Verzögerungen dieser Projekte führt.

Herr Henkel erwähnte die Gehwegerneuerung des vor kurzem instandgesetzten Teils des hinteren Eingangs am Friedhof Friesenheim.

Zum Schluss erwähnte er noch das Boule Spiel im Ebertpark am 26. 05. und teilte mit, dass es in der Konzertmuschel keine Veranstaltungen mehr geben wird. Die Minigolfanlage soll im Juni wieder genutzt werden können.

zu 2 Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Anfragen vor in der Sitzung wurden keine gestellt.

zu 3 Sachstand der Lärmaktionsplanung

Herr Neef, Mitarbeiter des Bereichs Umwelt und Klima, erklärte anhand einer Power-Point-Präsentation den Sachstand der Lärmaktionsplanung und beantwortete die Fragen der Ortsbeiräte.

Die Fraktionen bedankten sich für die ausführliche Darbietung.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

zu 4 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Verbesserung der Einmündung der Ruthenstraße in die Brunckstraße

Die Stellungnahme wurde durch den Bereich Stadtplanung übermittelt:

Zunächst gehen wir auf einige Aspekte zur Verdeutlichung der Hintergründe für die Maßnahme sowie die Bedeutung der Unfallkommission (UK) ein. Ergänzend dazu einige Richtigstellungen, da der Antrag mehrere Behauptungen enthält, die nicht korrekt sind.

- Die Maßnahme wurde mehrfach und intensiv in der UK diskutiert. An den Sitzungen der UK nehmen VertreterInnen der Fachstellen Verkehrsplanung, Tiefbau und Straßenverkehr, Polizei, RNV sowie des ADAC und ADFC teil. Die UK ist ein Fachgremium, das aus rein fachlichen Gesichtspunkten entscheidet, unabhängig politischer Wünsche oder Vorgaben. Die Bekämpfung der Verkehrsunfälle ist im §44 VwV-StVO verankert. Die Unfallkommission muss dafür sorgen, dass die beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden und eine Wirkungskontrolle erfolgt.
- Auslöser war das Unfallgeschehen beim zweistreifigen Linksabbiegen. Außerdem gab es häufig kritische Situationen beim Linksabbiegen, was auch vielfach bestätigt wurde. Seit der Änderung der Verkehrsführung gab es keine Unfälle mehr. Es ging hier nicht um Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs, wie offensichtlich fälschlicherweise angenommen wird. Der Streifen für die Radfahrer im unmittelbaren Einmündungsbereich ist ein „Abfallprodukt“ der Fahrstreifenreduzierung durch die Baken.
- Im Hinblick auf das Unfallgeschehen ist zwischen dem tatsächlichen Unfallgeschehen und kritischen Situationen/Beinaheunfällen, die durch Fehlverhalten oder Unachtsamkeit hervorgerufen werden zu unterscheiden. Das Unfallgeschehen wird über die Statistik der Polizei in die UK transportiert und ist die Basis für die Arbeit der UK. Bei der aktuellen Lösung handelt es sich um eine sichere Verkehrsführung für alle Verkehrsteilnehmer. Für die im Antrag genannten Situationen liegen keine Unfälle vor bzw. es handelt es sich um eindeutiges Fehlverhalten. Würde man Letzteres (generell) als Grundlage für Maßnahmen ansetzen, müssten die halbe Stadt gesperrt werden. Aus fachlicher Sicht besteht kein Änderungsbedarf an der jetzigen Situation, außer dass die Baken durch provisorische Elemente mit kleinen Baken ersetzt werden sollen.
- Die Umsetzung erfolgte am 10.11.2022. Anfangs gab es 7 oder 8 Nachfragen, warum die Verkehrsführung geändert wurde. Die Gründe wurden den Nachfragern erläutert und sie konnten diese nachvollziehen. Viele hatten auch bestätigt, dass es beim zweistreifigen Abbiegen immer kritisch war. Seit der Zeit gab es keine Beschwerden mehr und von Anwohnern kam bis heute absolut nichts. Ein Beleg dafür, dass es nicht so unerträglich sein kann, wie es dargestellt wird. Lediglich ein Bürger (bei dem es sich nicht um einen Anwohner handelt) schreibt regelmäßig, wobei immer unterschiedliche - z.T. nicht nachvollziehbare - Argumente genannt werden.
- Die Ruthenstraße ist - auch per Beschilderung - die Führung aus Friesenheim in Richtung Norden. Selbstverständlich gibt es in der Morgen- und Abendspitze auch mal einen Rückstau (max. bis zur Sternstraße), aber die Verwaltung hat häufig überprüft - teils mit Fotos dokumentiert - dass es nur einen kurzen Rückstau gab (max. bis zur Eschenbachstraße) und oft auch gar kein Fahrzeug vor der roten Lichtsignalanlage (LSA) stand, weil bei der vorherigen Grünphase alle Fahrzeuge abgeflossen sind. Im Tagesverkehr gibt es überhaupt keine Probleme. Die UK hat hier bewusst die Sicherheit höher gewertet als temporäre Einbußen der Leistungsfähigkeit und ist dem Grundsatz der VwV-StVO gefolgt, der besagt, dass die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer der Flüssigkeit des Kraftverkehrs vorgeht.
- Bzgl. der Behinderung von Einsatzfahrzeugen liegen der Verwaltung keine Beschwerden vor. Die Polizei hat in der Unfallkommission mehrfach darauf hingewie-

sen, dass es keine Probleme gibt. Seitens der tätigen Rettungsdienste/Notärzte wurden ebenfalls keine Probleme an uns herangetragen. Abgesehen davon müssen Fahrzeuge bei nahenden Einsatzfahrzeugen mit Sondersignalen die Straße freimachen. Hierzu muss ggf. in die Kreuzung eingefahren werden.

- Seitens der RNV liegen ebenfalls keine Beschwerden vor.

Sollte der Ortsbeirat dem Antrag in Kenntnis der vorbeschriebenen Informationen dennoch zustimmen, wird die Verwaltung die Vorschläge prüfen und auch mit der Unfallkommission beraten. Die Verwaltung wird dann in der zweiten Jahreshälfte dem OBR berichten und erst danach die Maßnahmen verstetigen.

Die Fraktion CDU pro Friesenheim stellte hierzu folgenden Antrag:
In der nächsten Sitzung soll dieses Thema von der Verwaltung vorstellig behandelt werden.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

zu 5 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion Aufstellen von Spielgeräten für Kleinkinder im Friesenpark

Der Bereich Umwelt gab zu dieser Anfrage folgende Aussage ab:

Wir haben hier im Friesenpark Spielgeräte auch für kleinere Kinder installiert – kann man sogar auf Google-Maps Bildern sehen.

Die Frage ist nur, ob alle „Kleinkind“ gleich definieren. Wir teilen unsere Spielplätze in zwei Gruppen auf:

- für Kinder im Alter 3-6
- für Kinder im Alter 6-12

Als Kleinkind gelten Kinder im Alter von 1-3 Jahren. Für diese „echten Kleinkinder“ halten wir, wie alle anderen Kommunen auch, keine öffentlichen Spielgeräte vor. Obligatorische Ausnahme: Kleinkinder-Schaukelsitze und Sandspielflächen.

Im Moment können wir keine Ausstattungswünsche annehmen, da zunächst Spielplätze saniert werden müssen, die derzeit ohne Spielgeräte dastehen.

Die Antwort der Verwaltung wurde so akzeptiert.

zu 6 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion Bericht zu Bauvorhaben und personelle Situation in Kindertagesstätten im Ortsbezirk

Die nachfolgende Stellungnahme erfolgte durch die Bereiche Bauverwaltung und Kindertagesstätten.

1. Wir bitten die Stadtverwaltung um einen aktuellen Sachstandsbericht bzgl. Der Bauvorhaben für neue Kindertagesstätten im Ortsbezirk Friesenheim.

BfB: Im Bereich Kindertagesstätten sind gemäß Priorisierungsliste des Bauinvestiti-

onsfahrplans für den Stadtteil Friesenheim 2 Bauvorhaben auf Position priorisiert. Beide Projekte sollen zusammen einen Bedarf von 20 U2 und 250 Ü2 Plätzen decken (insgesamt 12 Gruppen). Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt sobald notwendige Rahmenbedingungen (wie beispielsweise Stadtortverfügbarkeit) erfüllt sind und gemäß den freiwerdenden Personalkapazitäten in der Projektentwicklung im Bereich Gebäudewirtschaft.

Der aktualisierte Bauinvestitionsfahrplan wurde am 20.04.2024 dem JHA zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die Kenntnisnahme im BGA erfolgte am 13.05.2024.

Weitere Projekte in Friesenheim sind der Neubau der KTS Dietrich-Bonhoeffer-Zentrum (6 Gruppen) und die Erweiterung KTS Pauluskirche (1Gruppe). Beide Projekte werden durch freie Träger (Prot. Kirche) realisiert. Ersteres befindet sich in der Projektausführung, das zweitgenannte in der Projektplanung.

2. Weiterhin bitten wir um Auskunft, ob es seitens der Stadtverwaltung konkrete Planungen bzgl. eines zukünftigen Angebots zur Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) in den städtischen KTS gibt bzw. viele Freiwillige derzeit ein FSJ-Jahr in den Friesenheimer Einrichtungen absolvieren.

PIA ist gleichzusetzen mit der dualen Ausbildung. Anderes Bundesland – andere Bezeichnung (BaWÜ). Die Stadt Ludwigshafen hält bereits seit 2011 Stellen für dieses Ausbildungsangebot bereit (dualer Bildungsgang). Ausgerichtet an der Möglichkeit Anleitungen zur Verfügung stellen zu können. Aktuell können wir pro Jahrgang 22 Absolventen ausbilden (über die Dauer von drei Jahren 66 Plätze). FSJ wird seit diesem Jahr in 8 Einrichtungen angeboten. Bisher wurde über den Träger eine Stelle besetzt (nicht in Friesenheim).

Die Fraktionen waren hiermit nicht ganz so zufrieden da eine Besserung der Situation nicht wirklich absehbar ist.

zu 7 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion Vorstellung der aktuellen Aktivitäten im Bereich der (Jugend-) Sozialarbeit im Ortsbezirk Friesenheim

Der Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung übermittelte die nachfolgende Stellungnahme.

Vorstellung der Arbeitsschwerpunkte von Herrn Dengler in Friesenheim.

Seit Juli 2023 ist Dirk Dengler in Vollzeit in den Stadtteilen Friesenheim und Hemshof tätig. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt darin, die neuen Stadtteile zu erschließen und die Angebote der Straßensozialarbeit umzusetzen bzw. bei neuen Klient*innen zu etablieren.

Einen Arbeitsschwerpunkt, den Herr Dengler aktuell vor allem in Friesenheim verfolgt, ist die aufsuchende Arbeit. Kern dieses Angebotes ist das Aufsuchen von Jugendlichen in ihren sozialen Räumen und an informellen Treffpunkten. Die Kontaktaufnahme in der Straßensozialarbeit ist längerfristig angelegt. Für den ersten Kontakt benötigt man bereits eine bis zwei Wochen.

Jede neue Gruppe wird dabei differenziert wahrgenommen, um Ansprechpartner zu sondieren, die Gruppe klar eingrenzen zu können und um erste Gruppenstrukturen zu erkennen. Das gezielte Aufsuchen dient der Kontaktaufnahme und dem Kontakthalten sowie dem Kennenlernen und ständigem Aktualisieren der Kenntnisse über die Lebenswelten der Adressat*innen. Dies dient dem Aufbau einer auf Vertrauen basierenden, tragfähigen Beziehung.

Durch die Digitalisierung unserer Lebenswelt "verschwinden" immer mehr Jugendgruppen aus dem öffentlichen Raum. Ein Miteinander und sich Treffen findet zunehmend in den sozialen Medien statt. An dieser Stelle ist es die Aufgabe der Straßensozialarbeit, auch diese digitalen Räume kennenzulernen und mit den Jugendlichen dort in Kontakt zu kommen.

Herr Dengler ist an vier Tagen pro Woche zu unterschiedlichen Zeiten in Friesenheim unterwegs. Sein besonderes Augenmerk gilt vor allem Parkanlagen, Schulhöfen und Spielplätzen. Bislang identifizierte er zwei Jugendgruppen, deren Mitglieder jedoch nur lose miteinander verbunden sind und sich in verschiedenen Konstellationen treffen. Darüber hinaus betreute Herr Dengler in den vergangenen Monaten Einzelfälle, teilweise über mehrere Wochen bzw. Monate hinweg.

Auskunft über das Grundstück „Girlassic Park“ (in Abstimmung mit dem Bereich Immobilien 2-13)

Der Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung hat Interesse an dem Gelände bekundet. Allerdings sind im Vorfeld noch einige Themen wie die konkrete Ausgestaltung einer zukünftigen Nutzung, der Zustand des Geländes, die zukünftige Inhaberschaft, zeitliche Abläufe etc. zu prüfen.

Im nächsten Schritt wird im Juli ein Termin seitens des Bereichs Immobilien mit dem Bereich Jugendförderung und Erziehungsberatung, dem Bereich Grünflächen und weiteren sachbezogenen Bereichen stattfinden. Der Termin ist derzeit in Abstimmung.

Herr Henkel klärte auf, dass Herr Dengler vor einiger Zeit bei ihm im Büro vorstellig war und ihm von seiner Arbeit berichtet hat.

zu 8 Antrag der FWG/GRÜNE-Ortsbeiratsfraktion **Sachstand zu ehemaligem Tankstellenareal an der Sternstraße.**

Stellungnahme Bereich Immobilien:

Das städtische Grundstück mit der Fl.Nr. 174/07 (Sternstraße 108) wurde durch die Firma BP Europa SE bis zum Jahr 2011 als Tankstellengrundstück genutzt. Den Tankstellenbetrieb hat die Firma BP bei Fortbestand des Mietvertrages im September 2011 aufgegeben. (Der Mietvertrag wurde mittlerweile durch die Firma BP zum Ablauf des 31.03.2023 gekündigt.)

Danach durchgeführte Bodenerkundungen ergaben bodenschutzrechtlich relevante Belastungen des Bodens mit Schadstoffen, deren Ursache dem Tankstellenbetrieb zuzuordnen ist.

Dies veranlasste die Verwaltung neben der Beseitigungs- und Überwachungsthematik in Abstimmung mit der für den Bodenschutz zuständigen SGD Süd, parallel auch zu Gesprächen und Verhandlungen über einen angemessenen Schadensersatz hinsichtlich der Wertminderung des verunreinigten Grundstücks vor einer stadteigenen Folgenutzung oder einem

Weiterverkauf. Das Grundstück ist nämlich als teil-dekontaminierte Altlast einzustufen, was Auswirkungen auf eine künftige Grundstücksnutzung hat.

Ausdrücklich wird aber an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Restbelastungen auf dem Grundstück Sternstr. 108 für die Anwohner kein erhebliches Umweltrisiko darstellen. Die Grundwasserbelastung, die von dem Grundstück ausgeht, wird fachgutachterlich überwacht und die Ergebnisse werden der Oberen Bodenschutzbehörde (SGD Süd) vorgelegt. Weder die Belastungen auf dem Grundstück noch die Grundwasserunreinigung stellen demnach eine Gefährdung für die Anwohner dar.

Die Firma BP hat sich zwar grundsätzlich bereit erklärt, die im Zuge einer künftigen Bebauung entstehenden Kosten durch die ursächlichen Bodenverunreinigungen aus dem Tankstellenbetrieb zu übernehmen, eine dahingehende für die Stadt annehmbare Einigung konnte trotz mehrfacher Verhandlungsrunden aber leider nicht erzielt werden.

Aus diesem Grund hat sich der Bereich Immobilien in Abstimmung mit den Bereichen Recht und Umwelt dazu entschlossen, eine gerichtliche Klärung städtischer Ansprüche herbeizuführen. Hierzu wurde am 25.03.2024 beim Landgericht Frankenthal Klage erhoben.

Über den weiteren Fortgang dieses laufenden Verfahrens können wir leider keine weiteren Auskünfte geben.

Die Fraktionen sind hiermit zufrieden.

**zu 9 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
 Bau einer Senioren Wohnanlage in der Bexbacher Straße**

Dieser TOP wurde im Bericht des Ortsvorstehers behandelt.

Im Anschluss an die Sitzung bedankte sich Herr Henkel für die gute langjährige Zusammenarbeit bei dem gesamten Ortsbeirat und bei der Presse.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um 18:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 04.06.2024

Sheila Krall
Schriftführer/in

Günther Henkel
Vorsitzende/r